P.

Pacht, wohin Pächter eines adeligen Guts mit der Gerichtsbarkeit gehören. (J. II. 404.)

Pactum præjudiciale unterliegt dem Stempel nach dem Werth des Gegenstandes (J. V. 776. §. 15. c)

Pakete:

§. 1. Voluminöse Pakete sind so viel möglich mit der folgenden Post abzusenden. (J. I. 154. 331.)

§. 2. Pakete in Partheyfachen, wenn beyde Theile das Armenrecht genießen, sind Postporto frey. (VI. 1048) S. Arme, Post.

Panthätung nennt man auf dem offenen Lande die Zusammenberufung der Unterthanen zur Kundmachung ihrer eigenen Gesetze. Insofern sie den landesfürstlichen Gesetzen nicht entgegen sind, verbinden sie als Gewohnheitsrechte, da sie in die Klasse der Verträge gehören.

Papierstempel ist in Tyrol mit 1. May 1792 erloschen. (L. 233.)

Paraphernalforderung hat kein stillschweigendes Pfandrecht auf das Vermögen des Mannes. (J. IV. 718.)

Parere medicum:

§. 1. Parere medicum ist in Landgerichtsfällen ohne Taxe abzugeben. (II. 423.)

§. 2. Wann und wie sind bey Abgebung eines Parere medici die Reise- und Zehrungskosten zu vergüten? (J. III. 521.)

Parthey:

§. 1. Partheyen, die der Jurisdiction der Landesregierung unterworfen gewesen, und in fremden Ländern wohnen, gehören unter jenem Stadtmagistrat, wo vormahls ihre Gerichtsbehörden bestanden. (J. I. 76.)

- §. 2. Partheyen müssen ihren Aufenthaltsort anzeigen, und die Unterfertigung eines Advokaten nicht verabsäumen. (J. I. 266. a)
- §. 3. Den Partheyen wird alle Austheilung oder Zusendung gedruckter oder geschriebener Promemorien, alle Nachforschung um die Referenten auf das nachdrücklichste verboten. (J. V. 772.)
- §. 4. Jenen Partheyen, welche nicht in Bozen sind, noch einen bestellten Sachwalter oder Advokaten da haben, haben sich nach der G. D. zu achten. (J. V. 773.)
- §. 5. Partheyen haben die Bewilligung oder Nachsehung der Taxen bey der Landesstelle anzufuchen. (J. V. 788. b)
- §. 6. Welchen Partheyen das Ehrenwort Herr oder Frau von den Gerichtsstellen zu geben sey. (L. 215.)

Paß, so von dem Magistrat über Konsumtibilien ertheilet wird, unterliegt dem Stämpel der IVten Klasse zu drey Kreuzer. (J. V. 776. §. 20. dd) f. Sanität.

Päpstliche Notare werden ohne landesfürstlicher Genehmigung nicht zugelassen. (J. V. 760.)

Pehem, Joseph, Joh. Rep., k. k. niederösterreichischer Regierungsrath, b. N. D. ordentlicher öffentlicher Professor des geistlichen Rechtes, wie auch Repräsentant des juridischen Studiums an der Universität in Wien, geb. zu Stockach in der Vorderösterreichischen Landgraffschaft Nellenburg den 8. April 1742. Den ersten Grund zu den Humanitätsstudien legte er an dem Gymnasium zu Kostanz, wo er vier Jahre zubrachte; kam 1758 nach Innsbruck, vollendete hier die Humanitätsstudien, begab sich zum philosophischen Studium, und ward daraus zum Doktor promovirt. Im Jahr 1768 gieng er nach Wien, vollendete an der hiesigen Universität das Rechtsstudium, und ward daraus im Februar 1770 zum Doktor promovirt; in eben diesem Jahre erhielt er an der

damahligen k. k. Theresianischen Ritterakademie das Lehramt des Naturrechts des römischen Rechts der Institute und Pandekte. Im folgenden Jahr (1771) kam er an der Platz des Lactics als ordentlicher Professor des geistlichen Rechts an der Universität zu Innsbruck, 1773 Dekan der dastigen juridischen Fakultät, 1775 Direktor des adeligen Kollegiums, und 1776 Universitätsrektor. Seine ausgezeichnete nützliche Verwendung wurde die Ursache, daß er im Jahr 1777 die Würde eines k. k. Rathes, mit Rücksicht der Taxen, erhielt. Als im Jahr 1779 Professor Eybel als Landrath nach Linz befördert wurde, erhielt er an dessen Platz das Lehramt des geistlichen Rechts an der hiesigen Universität, und ward ihm zugleich der Charakter eines k. k. Niederösterreichischen Regierungsraths beygelegt. Seit 1791 steht er dem hiesigen juridischen Studium, als Repräsentant vor; bekleidet annoch die Stelle eines k. k. Examinators bey dem Konkurse zur Erhaltung einer Seelsorgerpfründe. Um die Verbreitung geläuterter kanonischer Grundsätze hat er sich wesentliche Verdienste gesammelt, sein von ihm entworfenes Lehrbuch des Kirchenrechts wurde vom allerhöchsten Orte zu einem allgemeinen Vorlesbuch für die erbländischen Universitäten und Lycäen erklärt, und seine historisch-statistische Abhandlung über die Errichtung, Ein- und Abtheilung der Bisthümer &c. zeigt von seinen weitläufigen litterarischen Kenntnissen. Er hat sich stets als ein sehr warmer und eifriger Vertheidiger der Rechte seines Souveräns ausgezeichnet. Als Senior unter den damahligen Professoren der Rechte an der hiesigen Universität bezieht er jährlich an Gehalt 3000 fl. nebst Quartiergeld. Von ihm ist im Druck: *Disquisitio historico-juridica de consensu parentum in nuptiis filiorum filiarumque familias*, ænip. 1777. 8. — Versuch über die Nothwendigkeit einer vorzunehmenden Reformation der geist-

geistlichen Orten, und das Recht der Regenten aus eigener Macht dieselben in ihren Ländern zu reformiren, einzuschränken und aufzuheben. Wien 1782 8vo. — Abhandlung von Einführung der Volkssprache in dem öffentlichen Gottesdienst. Wien 1783. 8vo. — Prælectionum in jus ecclesiasticum universum methodo discentium utilitati adcommodata congestarum. Partes tres. Pars I. & II. Vien. 1785. 8. maj. Pars tertia ibid. 1789. 8. maj. — Historische statistische Abhandlung von Errichtung, Ein- und Abtheilung der Bisthümer, Bestimmung der Erzbisthümer, Einweihung und Versetzung der Erz- und Bischöfe, vom römischen Pallium, und Eide, welchen die Erz- und Bischöfe, nebst andern Prälaten dem römischen Papste schwören müssen, und von den Gerechtsamen der Regenten in Ansehen dieser Gegenstände in vier Abtheilungen an das Licht gestellt. Wien 1790 gr. 8vo.

Pension:

- S. 1. Pensionen können nur zur Hälfte cedirt, oder mit Verbot beleget werden. (J. III. 518. V. 796.)
- S. 2. Das bey dem neu eingeführten Kriminalgerichte angestellte Personal ist nicht Pension fähig. (J. V. 770.)
- S. 3. In wie fern Guadengehalte der Milizpersonen, wie auch derselben Wittwen und Waisen abgetreten und mit Verbothe beleget werden können. (L. 129.)
- S. 4. Bey Pensionen für Kinder ist immer die Zahl derselben, und das Geschlecht anzumerken, das Alter aber und der Taufname eines jeden mit Original oder vidimirten Taufschein darzuthun. (L. 184.)
- S. 5. Den Elternlosen minderjährigen Waisen der Beamten, die zu einer Pension geeignet sind, ist keine geringere normalmäßige Pension, als mit

mit jährlichen hundert Gulden zuzuwenden. (1790 Not. 8.)

§. 6. Pensionanweisung unterliegt dem Stempel der zweyten Klasse zu 1 fl. (J. V. 776. §. 15. nn. §. 18. b.)

§. 7. Pensionisten = Atteste zur Lebensbestätigung. f. Stempel frey 77.

§. 8. Pensionsquittung, f. Quittung. f. Besoldung; Militzpenzion.

Pergament zur landtaflichen Urkunde ist nicht weiter erforderlich, (J. I. 335. d.)

Pergine, f. Berggericht. §. 1. f.

Personalarrest:

Personalarrest können von Civil = Instanzen gegen einen der Militargerichtsparthey unterstehende Parthengericht verhängt werden. (J. III. 498.)

S. Civilarrest, Militzschuld.

Personalgewerbe:

§. 1. Personalgewerbe sind nicht erblich. (1783. Not. 10.)

§. 2. Personalgewerbe können nicht in Bestand verlassen werden. (1784 Februar 15. Erneuert 1786 May 12. und 1791 Jan. 8.)

Personaljurisdiction, welche vor der Kundmachung der Jurisdictionsnorma den Dominien oder Inhabern einer ständischen Gültten über die Besitzer und Einwohner der in ihrem grundherrlichen, oder zu ihren Gültten gehörigen Bezirke bestehenden Häuser eigen war, wird bestätigt. (J. II. 428.)

Peterlingen, f. Confurs §. 98.

Pfalzgraf, f. Notar 4.

Pfand:

§. 1. Wenn der Kläger durch die Pfändung bey dem neuen Schuldner sich nicht bedeckt findet, kann er auf andere Güter seines ersten Schuldners greifen. (J. I. 13. §. 319.)

§. 2. Wenn der Kläger auf Früchte oder Gefällen die Exekution führen will, soll der Richter

- auf dessen Anlangen ihm hierauf das Pfandrechte ertheilen. (J. I. 13. §. 320)
- §. 3. Wenn der Kläger auf ein liegendes Gut die Exekution führen wollte, soll der Richter ihm auf sein Anlangen hierauf das Pfandrechte ertheilen; auch der Spruch oder Vertrag der Landtafel, oder Grundbuch einverleibt werden. (J. I. §. 13. §. 322.)
- §. 4. Wann hat der Richter die gerichtliche Pfändung zu bewilligen. (J. I. 13. §. 341.)
- §. 5. Pfandrechte auf fahrende Güter wird erlangt, wenn der Gerichtsdiener dem Beklagten eine Abschrift der verwilligten Pfändung zugestellt, und die zu pfändende Güter genau beschrieben hat. (J. I. 13. §. 342.) §. Gerichtsdiener.
- §. 6. Bey einer Konkursöffnung sind in die zweyte Klasse jene zu setzen, welche auf das Vermögen des Verschuldeten ein Pfandrechte haben. (J. I. 14. §. 17.)
- §. 7. Die Zinsen von einem Pfandkapital haben das nämliche Vorrecht, als das Kapital selbst von drey Jahren des eröffneten Konkurs zurück zu rechnen. (J. I. 14. §. 18.)
- §. 8. Pfändung auf Bergwerksgüter erfordert zur Vollziehung, nebst dem Gerichtsdiener, auch einen von dem Berggericht abgeordneten Werkverständigen. (J. I. 14. §. 25. und 26.)
- §. 9. Wie weit Pfandgläubigern die Veräußerung eines mit ihrem Pfandrechte behafteten Guts nachtheilig seyn könne. (J. I. 40. b.)
- §. 10. Pfandrechte wirken bey Konkursen nur nach dem Unterschied der Zeit, wo solches erlangt worden. (J. I. 55. e.)
- §. 11. Wenn ein ausdrückliches Pfandrechte gehühret, bestimmt die Konkursordnung nicht, sondern es hat sich dießfalls nach den bestehenden Gesetzen und rechtsbeständigen Gewohnheiten zu achten. (J. I. 46. 10.)

- §. 12. Bey den der Militargerichtsbarkheit untergeordnete Partheyen findet keine gerichtliche Pfändung Platz, sondern es ist die Realexekution, wo kein anderes beweg- oder unbewegliches Vermögen vorhanden, mittels Bewirkung des bestehenden Gage- oder Pensionsverboths abzuführen. (Z. I. 46. §. 10.)
- §. 14. Pfandgläubiger haben sich bey dem Konkurs zu melden. (Z. I. 120. c)
- §. 15. Die Fragen, wie sich zu benehmen sene, wenn ein Pfand in der zur Zahlung bestimmten Zeit nicht ausgelöst worden, beehrt das 31ste Kapitel der Gerichtsordnung. (Z. I. 139. a)
- §. 16. Bey obrigkeitlicher Eintreibung eines Ausstandes der Landesanlagen ic. ist in den hiebey vorkommenden Pfändungen Feilbietungen sich so zu benehmen, wie in der a. G. D. vorgeschrieben ist. (Z. I. 228. a.)
- §. 17. Pfändung auf fahrende Güter unter fremder Jurisdiktion findet statt, und ist das Ortsgericht zu dessen Vollziehung zu ersuchen. (Z. I. 275.)
- §. 18. Den Pfandgläubigern steht frey, jene Güter nachmahhaft zu machen, woraus sie ihre frühere Zahlung zu erhalten Willens sind. (Z. I. 306 aa.)
- §. 19. Den Pfandgläubigern kann der Verkauf des verpfändeten Guts zu keinem Nachtheil gereichen, wenn sie vorläufig über den Verkauf und die Uebernahme desselben nicht einvernommen worden. (Z. I. 326. n.)
- §. 20. Regulirung des Wiener = Pfandamts. (Z. II. 385.) Dieses Amt steht unter der Aufsicht der Stiftungsoberdirektion; es leiht: 1) nicht auf unbewegliche Güter, und Privatschuldverschreibungen, sondern allein auf Aerarial = Bankal = niederöster. ständische, und anderer Schuldverschreibungen eines öffentlichen Fonds, 2) auch nicht auf Waaren wegen Gefahr des Verz-

Verbnißes, z. B. Pelzwaaren ic. 3) nicht auf Waaren, bey welchen die Beschwerlichkeit der Aufbewahrung, z. B. Bettgewand, Spiegel, Kästen, Bücher ic. eintritt, 4) ferner sind alle Sachen ausgeschlossen, welche kennbar zu dem Militzdiens gewidmet sind. Auf Gold und Silber wird nur nach hinlänglichen Beweis, daß es mit keinem Fideikommiß behaftet seye, geliehen.

- §. 21. Während des Appellationszuges soll keine Pfändung ertheilt werden. (J. II. 409.)
- §. 22. Die Konkursordnung mengt sich nicht in die Bestimmung, wem ein Pfandrecht gebühret, auch wurden die stillschweigenden Pfandrechte nicht aufgehoben. (J. II. 496.)
- §. 23. Der Meistbiethende hat nach dem §. 328 der G. D. an auf dem erkaufte Gut mit Pfandrechte versehenen Gläubigern des Verkäufers nur so weit, als sich der Kauffchilling erstreckt, zu haften. (J. IV. 621. 3.)
- §. 24. Pfandrechte kann der Gläubiger durch die erfolgte Intabulation, oder Vormerkung eines Schuldscheines, wo höhere Zinsen bedungen werden, auf keine höhere, als vier von hundert erlangen. (J. IV. 625.)
- §. 25. Das gesetzliche stillschweigende Pfandrechte, so dem Weib an dem Vermögen des Mannes in Rücksicht des Heyrathsguts eigen gewesen ist, wird aufgehoben. (J. IV. 650.)
- §. 26. Ein Pfandrechte auf dem zur Sicherstellung zu Gerichtshänden erlegten streitigen Betrag erlangt der klagende Gläubiger nicht. (J. IV. 696.)
- §. 27. Das gesetzliche Pfandrechte des Heyrathsgutes wird als aufgehoben erklärt, wenn auch das Weib sich einer Versicherung zu verschaffen, nicht im Stande wäre. (J. IV. 749.)
- §. 28. Pfandrechte wird durch bewirkten Verboth nicht erlangt. (J. VI. 1015.)

- §. 29. Bevor die Pfändung vorgenommen wird, findet der gerichtliche Auftrag zur Rahmhastung der Güter nicht statt. (J. VI. 1095. a.)
- §. 30. Pfändungsvollziehung wird überflüssig, wenn der Schuldner erklärt hat, kein Vermögen zu besitzen. (J. VI. 1095. b.)
- §. 31. Wie sich der Hausinhaber zu benehmen hat, wenn das Pfand in der bestimmten Frist nicht ausgelöst wird. (L. 139.)
- §. 32. Die Einkünfte der geistlichen Pfründen, so weit solche dem Geistlichen zu seinem Genuß gehören, und in seiner Verwaltung stehen, können mit Exekution und Verboth belegt werden, jedoch muß die Congrua von 300 fl. frey bleiben. (L. 170.)
- §. 33. In wie fern den Frauen in Tyrol das Pfandrecht in Ansehung des zugebrachten Guts gebührt. (L. 133. e)
- §. 34. Die Pfänderversteigerung bey dem Pfandamt in Wien, wird auf gewisse Tage bestimmt. (L. 239.)
- §. 35. Das Pfandamt gilt für kein ausgelöstes Pfand oder abgängiges Pfandtheil Red und Antwort, wenn nicht die Unrichtigkeit, oder der Abgang sogleich bey der Uebnahme entdeckt, und dem Kassier angedeutet wird. (1791 Jun. 22.)
- §. 36. Alle in das Wiener - Pfandamt auf grössere Pfandzettel einkommenden Pfänder werden nach allen Bestandtheilen genau beschrieben, hiebey auch die Einleitung zu treffen verordnet worden: daß den Partheyen zwar eine genaue Beschreibung ihrer Pfänder mit ins Amt zu bringen bevorstehen soll, die Pfänder aber stets bey der Uebnahme genau untersucht, und mit der Beschreibung verglichen werden sollen; um in Gegenwart des Ueberbringers dasjenige auf den Versahzetteln aufzusetzen, was verläßlich befunden seyn wird. (1791. Art. 18.)

- §. 37. Pfandverschreibungen unterliegen dem Stämpel nach dem Werth des Gegenstandes. (Z. 776. §. 15. w.)
- §. 38. Bleibt ein Soldat für Kost in Quartier etwas schuldig; so kann der Wirth dessen Effekten, zc. Montour, Rüstung, und Regimentsgelder allein ausgenommen, pfänden, und im Falle binnen sechs Wochen nicht die Zahlung solget, ist um die Einantwortung der Effekten, so wie um den Rest, bey der Militarinanz anzuhalten. (C. III. Nr. 657. §. 21.)
- §. 39. In welche Fällen die Pfändung eines Viehes eintritt, giebt näheren Aufschluß der tractatus de iuribus incorporalibus art. XIV. §. 1 — 3. (C. I. 363.)

Pfarrer, unadeliger steht unter dem Gericht desjenigen Ortes, in welchem sich der Pfarrhof befindet. (Z. II. 473. d.)

§. Gerichtsbarkeit unadelicher Geistlichen; Testament.

Pfeffers, s. Concurß §. 98.

Pferd:

- §. 1. Alle in den durch den Pferdhandel entstehenden Streitigkeiten, welche vor das in Niederösterreich bestandenen Handgrafenamt gehörten, sind dem ordentlichen Richter des Beklagten zugetheilet worden, und ist sich hierbey nach Vorschrift der Gerichtsordnung vorzüglich wegen des in diesen Streitsachen öfters vorkommenden Beweises durch Kunstverständige genau zu benehmen; nur haben Richter und Parthenen gegenwärtig zu halten: a) daß ein Roßhandel aus dem Gesetze und wenn nicht die Handelnden in ihrem Kontrakt besondere Bedingungen und Verbindlichkeiten bedungen haben, nur dann entkräftet werde, wenn ein dämpfiges, ritziges, wurmichtes, kollerisches, oder gestohlenes Roß verhandelt worden, wo dagegen für alle übrigen Mängel des Rosses der Uebergeber nur in so weit zu halten
- ten

ten hat, als erwiesen seyn würde, daß die Haftung für einen oder anderen Mangel bey dem abgeschlossenen Kontrakt ausdrücklich und eigens bedungen worden. b) Daß, wer über einen geschlossenen Roßhandel eine Forderung zu stellen, und eine Klage anzubringen vermet, selbe längstens binnen 30 Tagen nach abgeschlossenen Handel anbringen müssen, widrigens nicht mehr zu hören. Dieses wegen Niederösterreich erlassene Anordnung wurde durch ein Hofdekret vom 18ten März 1790 auch auf die übrigen Böhmischen und Oesterreichischen deutschen Länder ausgedehnt. In Hinsicht der Vorlande wurde das Gesetz von 2. Dez. 1766 bestätigt. S. Pferdängel im poltischen Codex.

Pflichttheil:

- §. 1. Unter dem Pflichttheil (Legitima) versteht man jenen Theil des Vermögens, welchen Aeltern ihren Kindern, diese jenen, wie auch die Geschwister untereinander nach dem Gesetze überlassen müssen. Dieser Pflichttheil ist der dritte Theil des Vermögens, wenn vier oder weniger Kinder vorhanden sind, im Falle aber fünf oder mehrere wären, besteht er in der Hälfte der Verlassenschaft. S. Enterbung.
- §. 2. Den Ordensgeistlichen, welche in den Weltpriesterstand treten, wie auch den Ernonnen gebühren in Ansehen des Pflichttheils gleiche Rechte mit den übrigen Kindern. (J. III. 607)
- §. 3. Der Pflichttheil, welcher Waisen überlassen werden muß, kann mit keiner Bedingniß belegt werden. (J. III. 709. a.)
- §. 4. Der Pflichttheil bey den Erbschaften Bürgern soll bis auf weitere Anordnung nach dem römischen Recht ausgemessen werden. (L. 142. m. 253. c.)

Pfründekollation (geistliche) unterliegt dem Stämpel nach dem Werthe des Gegenstandes. (J. V. 776. §. 15. h.)

Pfundgeld :

- §. 1. Der Rahme Pfundgeld fällt in das mittlere Zeitalter, wo es sittlich war die Bezahlung nach Pfund, und zwar nach Pfennungen zu berechnen. Noch jetzt ist es bey manchem Grundbuch üblich statt eines Gulden zu schreiben Ein Pfund Pfennige. Den Gulden berechnet man zu acht Schilling, jeden zu 30 Pfennige gerechnet.
- §. 2. Das Pfundgeld wird eingetheilt. 1) in das Veränderungs pfundgeld. 2) in das Todten pfundgeld.
- §. 3. Das erstere tritt ein, wenn mit dem Besitz eines unbeweglichen Gutes z. B. durch einen actum inter vivos Kauf, Geschenk &c. eine Veränderung vorgeht. In diesen Fall ist den Grundherrschaften von dem Kauffchilling etwas Bestimmtes zu bezahlen, bey den Römern war es der 50ste Theil. Jetzt ist dieses Prozent noch sehr verschieden; in einigen Orten z. B. in Bayern nimmt man den 20sten Theil, das ist, 5 von 100, in andern zehn Prozent, war z. B. im Lande ob der Enz, Mantua, Verona &c. Diesen Abzug nennt man im Lateinischen Laudemium. Der Ursprung des Laudemiums in soweit solches, als ein Emphyteusis angesehen wird, ist bey den Römern zu suchen; Bey ihnen mußte der Erbzinnsman das Gut, welches er verkaufen wollte, am ersten den Grundherrschaften anbieten, und erst, wenn dieser das Anerbieten nicht annahm, konnte er das Gut an einen Dritten überlassen, und von dem Kauffchilling wurde der 50ste Theil genommen.
- §. 4. Das Todten pfundgeld mortuarium, wird bey einem Todesfall so wohl von dem beweglichen, als unbeweglichen Gut genommen. Der Abzug von dem unbeweglichen Gut nennt, man
- nicht

nicht selten das Veränderungspfundgeld, und jenen von dem beweglichen Gut die Sterbtaxe. Die Letztere zieht die Personalinstanz des Gestorbenen nach Abzug der Schulden. Das Veränderungspfundgeld nimmt jene Obrigkeit, wo der Gestorbene begütert war, z. B. Hofagent Meissel hat in Meidling Weingärten besessen, und in Wien Domizilirt, in diesem Fall nimmt die Herrschaft Meidling das Veränderungspfundgeld drey Kr. von Gulden, und der Magistrat in Wien, als Personalinstanz des Gestorbenen die Sterbtaxe nach Abzug der Schulden. In dem Fall daß der Gestorbene sowohl quoad personam, als quoad reale unter einer Grundobrigkeit gehörte, nimmt diese das Veränderungspfundgeld ohne Abzug der Schulden, und die Sterbtaxe nach Abzug der Schulden. Die Letztere wird immer nur bey dem beweglichen Gut des Gestorbenen gefordert, daher die Realinstanz das Laudemium nur von dem unbeweglichen Gut fordert, daher, wenn etwa der oben angeführte Hofagent Meissel in Meidling 100 Eimer Wein gehabt hätte, würde von demselben als einem beweglichen Gute die Personalinstanz die Sterbtaxe nehmen.

§. 5. Der Unterschied zwischen dem Laudemium: und der Sterbtaxe besteht darinn: 1) wird das erstere von dem unbeweglichen Gut, diese von den liegenden oder fahrenden Gütern genommen. Das Laudemium wird ohne Abzug der Schulden, die Sterbtaxe hingegen nach Abzug der Schulden entrichtet.

§. 6 Unter dem Nahmen Sterbtaxe Mortuarium hat sich noch eine andere Art von Abgabe eingeschlichen, man nennt solche das Sterbhaupt. Unter diesem Titel nimmt die Personalinstanz aus der beweglichen Verlassenschaft des Gestorbenen das Beste, z. B. das kostbareste Bettgewand, oder den einträglichsten Dachsen. (tract. de jur. ine.) Im Lande unter der Ens ist dieser Abzug

abgestellt, und im Lande ob der Ens beschränkt worden. (J. II. 442. §. 3.)

- §. 7. Wenn wegen des Pfundgeldes ein Zweifel entstände; so hat man am ersten nachzusehen, ob nicht wegen desselben ein Vertrag zwischen dem Grundherrschaft und Holden bestehe, oder was die eingeführte Gewohnheit mit sich bringt, oder ob nicht ein Gesetz aufzufinden seye, welches, wo nicht die Sache vollkommen entscheide, oder näheren Aufschluß zu einer rechtlichen Schlussfassung gäbe. Die etwa vorhandenen Urbarbücher, Erbregister und dergl. konnten in diesen Umständen die besten Dienste leisten.
- §. 8. Bey der Abnahme des Pfundgeldes muß der Werth des Gutes bestimmt werden. Dieses geschieht, wenn das Gut von bebildeten Männern geschätzt wird. In der Praxis sieht man bey uns dahin, ob ein unbewegliches Gut durch Kauf einem Dritten überlassen wird, in diesem Fall ist der Kaufschilling das Maasß des zu nehmenden Pfundgeldes, z. B. Jakob Rein hat sein in der Annagasse gelegenes Haus um 10000 fl. an Joseph Schönfelder verkauft, in diesem Fall bezahlt der erstere 3 kr. von Gulden.
- §. 9. Eine Grundherrschaft kann ein Pfundgeld wo es nie in Übung war nicht nehmen, auch nie mehr hieran fordern, als die Gewohnheit, oder das etwa bestehende Gesetz zuläßt.
- §. 10. Bey einer unsterblichen Gemeinde, welche unbewegliche Güter besitzt, fände die Entrichtung des Pfundgeldes nicht statt, da die Besizer nie ganz absterben, daher in der Regel ist: a) Bey einer dergleichen Gemeinde, welche einen bestehenden Vorsteher, z. B. bey Abteyen etc. hat, das Pfundgeld genommen wird; so oft ein Vorsteher stirbt, b) bey jenen Gemeinden, deren Vorsteher zeitlich ist, wo er z. B. alle drey Jahre gewählt wird, wird das Pfundgeld alle zehn Jahre genommen, da man voraussetzen kann, daß

in diesem Zeitraum immer ein Todesfall oder eine andere Veränderung inter vivos vorgeht.

- §. 11. Im Lande ob der Enz wird das Frengeld in dreyerley Verstand genommen: a) das Todtengfundgeld, welches von beweglichen und unbeweglichen Gut genommen wird, b) das Kauffrengeld das ist, dasjenige, was man gewöhnlich unter dem Veränderungspfundgeld versteht, und beträgt ebenfalls den zehnten Theil, c) das Hebegeld, daß ist, das Abfahrtgeld. S. Frengeld.
- §. 12. Ob und wie das Lehen- und Frengeld zu zahlen. (C. I. Nr. 195.) Anstatt gegeben ist zu lesen, geben.
- §. 13. Von dem Pfundgeld in den tractatu de iuribus in corporalibus. (C. I. Nr. Viertel Titel §. 5.)
- §. 14. Erläuterung des 4. T. §. 5. de jur. inc. in Betreff des Pfundgelds. (C. I. Nr. 368 und 369.)
- §. 15. Vorschrift wegen des Pfundgeldes in dem Wiener Burgfrieden. (C. II. Nr. 437.)
- §. 16. Streitiges Erbpfundgeld ist bey der Herrschaft zu erlegen. (C. A. IV. 677.)
- §. 17. Bey dem Tode der Staats- und übrigen Offiziere gebührt dem Regiments-Obersten das beste Pferd sammt Sattel und Zeug etc. (C. II. Nr. 535.)
- §. 18. In dem Wiener Burgfrieden ist kein Grundbuch befugt Sterbpfundgeld zu nehmen. (C. A. IV. 1119.)
- §. 19. Erläuterung des 4ten T. des tract. de jur. inc. in Betreff des Pfundgeldes. (C. II. Nr. 630.)
- §. 20. In Betreff des Todtenpfundgeldes. (C. II. Nr. 631.)
- §. 21. In Betreff des doppelten Pfundgeldes. (C. III. 802.)

- §. 22. Erläuterung des 4ten T. des tract. de jur. inc. in Betreff des Pfundgeldes. (C. A. I. 2. II. 143. 144. 145. 146.)
- §. 23. Die am 16. May 1690 erlassene Verordnung, vermög welcher dem Magistrat in Wien erlaubt wurde, das Mortuarium zu nehmen wurde durch die Verordnung vom 17. May 1709 aufgehoben. (C. A. III. 594.)
- §. 24. *Piæ Causæ* zahlen kein Mortuarium. (1752. Nov. 12.)
- §. 25. Im Lande ob der Ens wird das Mortuarium non deducto ære alieno abzurechnen, bestätigt. (J. I. 128.)
- §. 26. Bey dem Militar beträgt die Sterbetaxe von jedem Gulden Einen Kreuzer, wenn aber das Vermögen hundert Gulden nicht beträgt, kann keine Sterbetaxe genommen werden. (1754 Juny 25.)
- §. 27. In Betreff des Mortuariums im Lande ob der Ens.
- 1) Nach dem Todfall eines jeden Unterthans wird die Abnahme des Todfallsfreygeldes, jedoch niemals höher, als höchstens mit 10 von hundert von dem den verstorbenen Unterthan gehörig gewesenem Eigenthum gestattet, dergestalt, daß dieser Bezug in keinem Falle, und unter keiner Benennung über diese 10 Prozente erhöht werden soll.
 - 2) Soll dieses Todfallsfreygeld von dem Liegenden, und fahrenden Vermögen, jedoch nach Abzug aller Schulden hindan, folglich nur von dem rein überbleibenden Vermögen abgenommen, und
 - 3) Die Heyrathsgüter nach dem Tode des dieselbe abreichenden ad massam conferiret, somit zu dem Aktivvermögen des Erblassers zugeschlagen, und folglich auch von den Heyrathsgütern das Todfallsfreygeld bezogen werden.

- 4) Wird noch ferners bewilliget, daß das Sterbhaupt da, wo die Dominien in dem rechtmäßigen Besiz dieser Abnahme sind, bezogen werde, jedoch soll dieses Sterbhaupt niemals in natura sondern immer im Gelde, und zwar nie in einer den Betrag von 10 fl. übersteigenden Summe abgenommen werden; wobey sich aber zugleich von selbst verstehet, daß da, wo die Dominien einen mindern Betrag, als die vorbemeldte 10 fl. beziehen, es bey diesem minderen Betrag sein ferners Verbleiben haben möge.
- 5) Werden künftighin alle jene Bezüge, welche unter den verschiedenen Benennungen, als Anleit = Abfahrt = Anzüggeld, Stifthaller, Aufahrt &c. &c. vorkommen, und nur widerrechtliche Vermehrung der Protokollsgefälle zu ihrer Absicht haben, aufgehoben, und soll künftig nur Annehmfreygeld, und Kauffsfreygeld, und dieses blos in folgenden Fällen gestattet seyn: als nämlich soll
- 6) Das Annehmfreygeld gleich dem Todfallfreygeld nur damals bezogen werden, wann jemand sein Vermögen bey seinen Lebzeiten seinen Kindern, oder sonst jemanden abtritt, und dieses zwar in der Maas, als er solches abtritt, das ist, daß, wenn er nur das liegende Vermögen übergiebt, nur von diesem, wenn er aber auch das fahrende Vermögen übergiebt, ebenfalls vom letztern das Annehmfreygeld abzunehmen, und sich hierbey immer der Grundsatz gegenwärtig zu halten seye, daß von einem Vermögen, welches schon verfreyet worden ist, kein weiteres Freygeld, unter was immer Namen es seyn möge, bezogen werden soll.
- 7) Ist das Kauffsfreygeld bey jedem Kauf mit höchstens 10 von Hundert von dem liegenden Gut dergestalt zu bezahlen, daß solches nur einer, entweder der Käufer oder der Verkäufer,

fer, worüber sich beyde einzuverstehen haben, zu entrichten hat.

- 8) Wird es nicht allem bey dem schon bestehenden Verboth aller Zwangs-zöhrungen unter was immer für einem Namen vollkommen gelassen, sondern es haben auch die etwa hie, und da eingeführte Zöhrungsablösungen, und sowohl den Herrschaften, als den Beamten dieserwegen abzuführen gewesene Zöhrungsantheil ganz aufzuhören.
- 9) Wird befohlen, daß die bisher bestandene, den Gesetzen zu widerlaufende Waisendienst-ablösungen gänzlich aufhören, und künftig nur die elternlose Kinder zu den Waisendiensten genommen, auch solchen, wenn selbe das 14te Jahr einmal erreicht haben, der nämliche Pledlohn, welchen andere freywillige Dienstbothen nach Beschaffenheit ihrer zu leistenden Dienste empfangen, abgereicht werden soll.
- 10) Soll unter Benennung des Hemettuchs nichts mehr von dem Unterthan abgefordert werden.
- 11) Gehet die höchste Willensmeinung dahin, daß durch gegenwärtigen Besitzstand des immer rechtliche Vermuthung für sich habenden Unterthans in nichts ein Abbruch geschehen, folglich solche keineswegs dahin angewendet werden solle, daß der Unterthan zu jenen Schuldigkeiten, welche er bisher gar nicht geleistet, angehalten, oder von ihm auch nur ein höherer Betrag, als er zu bezahlen gegenwärtig im Besitz ist, gefordert werde, dergestalt, daß z. B. wenn ein Unterthan gegenwärtig nur 5 Prozente Todensfallfrengegeld zahlet, die Herrschaft ein mehreres von demselben zu fordern nicht berechtiget seyn solle, welches bey allen übrigen Protokollgefällen zu beobachten ist. Welche höchste Verordnung demnach

12) Undurch mit dem Beysatz kundgemachet wird, daß solche mit dem 1ten Julius d. J. dergestalten ihre Wirksamkeit haben solle, daß alle Abhandlungen, welche mit letztem Junius nicht geschlossen, und den Parthenen hinausgegeben worden sind, nach dieser Vorschrift allschon behandelt werden sollen; endlich

13) wird auch noch, um alle entstehen mögende unrechte Klagen zu vermeiden, ausdrücklich angeordnet, daß diese Verfügung keineswegs zurück wirke, folglich hindurch für das Verfllossene bey den vorkommenden Streitigkeiten nach dem ordentlich zu erprobenden Besitzstand eben so gesprochen werden solle, als wann diese Verordnung nicht erlassen worden wäre. (J. II. 442.)

§. 28. Bey einer Verlassenschaft hat die Gerichtsstelle den Betrag des Mortuariums nach dem Gesetze auszumessen. (J. II. 464. II. §. 42.)

§. 29. Von dem an einem österröichischen Unterthan übergehenden Erbgut ist kein Mortuarium zu nehmen. (J. III. 546.)

§. 30. Streitigkeiten, welche wegen des bey einer landesfürstlichen Gerichtsbehörde einzuhaltenden Mortuariums entstehen, kann sich die Justizbehörde nicht einmengen, weil dergleichen Bedenklichkeiten, wie jede andere Taxe bloß ad camerale gehören; auch kann sich das Gericht in jenen Tobtenfallspfundgeldern nicht mengen, welche von Grundherrschaften und Obrigkeiten von den Verlassenschaftsgütern ihrer Unterthanen oder Grundholden abgenommen werden, sie gehören nach dem Unterthanspatent zur politischen Vorhandlung. Der Justizbehandlung bleiben daher nur jene Anstände vorbehalten, wo Partikulargerichte in den Fällen, daß der Verstorbene in keinem *Nexu subditelae* gestanden, das Mortuarium beziehen. (J. III. 581.)

- §. 31. Vom 1. Nov. 1787 angefangen, ist das Mortuarium auch bey dem Landrechte jener Provinz, wo es bisher nicht statt findet, von dem Verlassenschaftsvermögen, und zwar von den Realitäten mit Einem Prozent, von dem Mobilarvermögen, das heißt mit einem Gulden aufzurechnen, und in dem Taxfond zu nehmen. (Z. IV. 728.)
- §. 32. Zur Bestimmung des Mortuariums kann ein eigenes Inventarium nicht gefordert werden. (Z. V. 761.)
- §. 33. Die landesfürstliche Behörde haben in allen vorkommenden Fällen dasjenige Vermögen, welches der Sterb- oder Raittaxe ohne allem weiterem Abzug zu unterliegen hat, den Taxämtern bekannt zu machen. (Z. V. 783.)
- §. 34. Von der Entrichtung des Mortuariums ist die Verlassenschaft jener Einwohner in Triester-Bezirk frey, welche nach dem Privilegium dieses Hafens von den Gemeindeabgaben in diesem Freyhafen bey ihren Lebzeiten befreyt gewesen. (Z. V. 686.)
- §. 35. Bey dem Schlessischen Interessentkognitionen soll die Sterbtaxe nur von der Hälfte des Kapitalbetrags genommen werden. (Z. V. 797.)
- §. 36. Die Befreyung von der Erbsteuer gilt für das Mortuarium nicht; von Pretiosen und Fahrnissen wird die Sterbetax genommen; das Mortuarium entrichtet der Universalerb von dem ganzen reinen Vermögen, und kann dem Legatarius den Antheil, der ihm zufällt, aufnehmen. (Z. V. 310.)
- §. 37. Bestätigung des eingeführten Mortuariums, und des festgesetzten Ausmaßes ohne Unterscheid der Nothseiten, oder fremden Erben. (Z. V. 841. a)
- §. 38. Das Mortuarium haben die Landrechten von den Verlassenschaften ohne Ausnahme zu erheben; bey der Berechnung der Sterbtaxe kommen die Passiva in Abzug; von Legaten bezahlt der Haupterb die Sterbtaxe (s. oben §. 33.).

Die liquiden Passivschulden, so weit sie nicht auf eine Realität landtaflich vorgemerkt sind, sind von dem Mobilarvermögen, die landtaflich vorgemerkten Passiva aber von dem Anschlag der Realität, auf der sie haften, abzurechnen. (J. V. 858.)

§. 39. Die Sterbtaxe ist bey allen Landrechten, mithin auch bey dem Niederösterreichischen vom 1. Nov. 1787 abzunehmen. (J. V. 859.)

§. 40. An Mortuarium hat die Stadt Linz bey unbeweglichen Gut Ein Prozent, und von den fahrenden Einen Kreuzer zu nehmen. (J. V. 905.)

§. 41. Mortuarium findet bey den Berggerichten nicht Platz. (J. V. 914. VI. 986.)

§. 42. Von den bey einer Verlassenschaft vorkommenden Kapitalien hat das Mortuarium jene In- stanz zu erheben, unter welche die Verlassenschaftsabhandlung gehört. (J. V. 919.)

§. 43. Das wegen des Mortuariums bestehende System gilt auch für die Vorlande. (J. V. 920.)

§. 44. Die Inventurstaxe wird aufgehoben, und an deren Place bewilligt von den Verlassenschaf- ten, welche sich seit dem 1. Nov. 1787 erge- ben haben, von dem reinen erübrigenden Vermögen ein Mortuarium zu drey Prozent zu nehmen, jene Dominien und Magistrate, aber, bey welchen vormals die gewöhnliche Inventur- taxe ein Minderes betragen hat, sollen das Mortuarium nach dem vorigen mindern Bezug nehmen. (J. VI. 994.)

§. 45. Wie sich zu benehmen, wenn die Sterbtaxe mit der Erbsteuer zusammentrifft. (J. IV. 1011.)

§. 46. Mortuarium muß auch von dem, an den überlebenden Gütern aus einer Disposition mortis causa übergehenden Vermögen angerech- net werden. (J. VI. 1061. a)

- §. 47. Das Mortuarium soll nicht von den Gerichtsstellen, sondern von den Taxämtern, wo solche bestehen, ausgemessen werden. (J. VI. 1061. d)
- §. 48. Mortuarium kann von Abnährungs- oder Leibrentenkontrakte nicht genommen werden. (J. VI. 1086.)
- §. 49. In der zur Ausmessung des Mortuariums verfassenden Vermögensausweisung ist nicht nöthig jede Aktiv- oder Passivpost mit Urkunden zu belegen. (L. 20.) S. Erbschaft §. 56.
- §. 50. Aufhebung des Mortuariums bey den Landesrechten in den Vorlanden. (L. 93.)
- §. 51. Dem Landrechte in Teschen wird der Bezug des Mortuariums nach der Art der Landesfürstlichen Landrechte gestattet. (L. 116.)
- §. 52. Das Mortuarium in Tyrol beträgt einen Gulden von Hundert vom reinen Vermögen, wenn Erben in auf- und absteigender Linie vorhanden sind; von Seitenverwandten hingegen zwey Gulden. (L. 133. k)
- §. 53. Der Bezug des Mortuariums in Mähren wird dahin gemäßiget, daß von dem Notherben absteigender Linie das Mortuarium von ständischen Realitäten, und von den auf ständischen Realitäten landtäglich versicherten Kapitalien nur zu Einem Halbperzent, von der übrigen Vermögensschaft aber mit Einem halben Kreuzer von Gulden aufgerechnet werden. (L. 142. e.)
- §. 54. Von den vier Landrechten in Schlesien kann das Mortuarium auf den Fuß, wie es in Mähren (s. oben §. I.) üblich ist, bezogen werden. Treten auswärtige Erben ein, so wird das Mortuarium von Realitäten und landtäglich versicherten Kapitalien mit Einem Perzent, und von den übrigen Vermögen mit Einem Kreuzer von Gulden bezogen. (L. 155.)
- §. 55. Das Mortuarium in Triest fließt in das dortige Gubernialtaxamt. (L. 158.)

- §. 56. Bey dem Landrecht in Steyermark beträgt das Mortuarium Einen Gulden von Hundert auf- und absteigender Linie, von Seitenverwandten Zwey Gulden. Diese Abgabe kann im ersten Fall nie über 150 fl. und im zweyten Fall nie über 300 fl. betragen. (L. 171.)
- §. 57. Bey der landesfürstlichen Behörde ist das Mortuarium auch dann zu bezahlen, wenn bey der Verlassenschaftsabhandlungspflege die Errichtung einer Inventur nicht vorfällt. (L. 171. a)
- §. 58. Bey den Magistraten und Dominien in Innerösterreich, wo bey der Verlassenschaftsabhandlung weder eine Inventurstaxe, noch eine dem dormaligen Betrag der Sterbtaxe gleich kommende, sondern geringere Siebigkeit bezogen worden ist, soll gar keines, oder dem dormaligen Betrag gleichkommendes geringeres Mortuarium bezahlt werden. (173. b.)
- §. 59. Dem Adel in Tyrol sind seine Kleider, und andere Mobilien von dem Bezug des Mortuariums frey zu lassen, hingegen ist in die Masse, von welchen die Sterbtaxe behoben wird, alles einzurechnen, was ad fundum instructum gehört. (L. 245.)
- §. 60. In Böhmen wird der Bezug des Mortuariums dahin gemäßiget, daß von den Noth-erben, das ist von den Erben absteigender Linie das Mortuarium von den ständischen Realitäten, und den auf eine ständische Realität landtäglich versicherten Kapitalien nur zu. Einem halben Perzent, von dem übrigen Vermögen aber nur Einem Kreuzer von Gulden aufgerechnet werden. (L. 253. g.)
- §. 61. Bey der Vermögensausweisung zur Bezahlung des Mortuariums tritt der Stempel der vierten Klasse zu Drey Kreuzer. (J. V. 776. §. 20, PP)

§. 62. In Betreff des Innviertels erschienen unterm 8. April 1791 diese Anordnung:

1) Die Patente vom 7. Julius 1785 und vom 10. Julius 1786 sollen zwar bey Ausmessungen der Unterthansschuldigkeiten gegen die Obrigkeiten noch ferner zum Grunde liegen.

2) Jedoch sollen bey jeder Besitzveränderung etnes den Veränderungsgebühren nach der bisherigen Übung unterliegenden unterthänigen Gutes von denjenigen Theile, oder Werthe des Gutes, dessen Besitz an eine andere Person übergeht, im Ganzen genommen, 10 von Hundert, aber nie mehr, als Veränderungsgebühr bezahlet, und bey der Anrechnung von allen vorhin üblichen verschiedenen Benennungen, welche zu mannigfältigen Mißdeutungen und Irrungen Anlaß gegeben haben, nur die Benennungen Todtenfallrechniß, Anfall- und Annehmgeld, als den einzigen rechtmässigen Veränderungsgebühren, gebraucht werden.

3) Wenn aber nach rechtlichen Herkommen zwischen einem Grundherrn, und dessen Unterthanen solche Veränderungsgefälle eingeführt waren, die bey einem Veränderungsfalle im Ganzen weniger, als 10 von Hundert betragen haben; so hat es ferner bey diesem mindern Genuße, wie solche die an jeden Orte vorhandenen Protokolle ausweisen, zu verbleiben.

4) Das bewegliche Vermögen unterliegt durchaus keiner Veränderungsgebühr.

5) Von dem Schätzungswerthe des liegenden Gutes sind aber bey Ausmessung der Veränderungsgefälle keine Passivschulden abzuziehen, sondern ist das Gut nach seinem ganzen Werthe in Anschlag zu nehmen.

Wie sich bey Verhandlung der verschiedenen 6) Veränderungsgefälle mit deren Berechnung zu benehmen sey, zeigen die gegenwärtigen Patente angehängten 12 Beyspiele, welche vor-

läufig zur unabweichlichen Richtschnur zu dienen haben. Sollte noch ein Fall eintreten, welchen man auf keines dieser Beyspiele anwendbar fände, so ist darüber durch das Kreisamt bey der Landesstelle die Entscheidung einzuhohlen.

- 7) Keines dieser Beyspiele soll jedoch auf solche Güter, oder Grundstücke angewendet werden, von welchen die Unterthanen das nutzbare Eigenthum nur lebenslänglich, oder wie man zu sagen pflegen: leibrechtlich erhalten haben, und auf solche Art noch besitzen, indem Güter oder Grundstücke dieser Gattung künftig nicht mehr mit dem Heimfälligkeitsrechte, sondern an solche erbeigenthümlich verkauft werden müssen.

Daher darf bey der mit solchen Leibrechtsgütern sich zunächst ergebenden Veränderungen nur der Erbrechtskauf, und das Laudemium, bey erfolgenden Veränderungen aber nur dasjenige vorsehungsweise (provisorisch) angerechnet werden, was dieses Patent gestattet.

R i c h t s c h n u r

über die in dem Innviertel bey unterthänigen Todfallsverhandlungen, und anderen Besitzes-Veränderungen unterthänigen Realitäten nach dem unter dem 8. April 1791 erflossenen Patente anzurechnenden Veränderungengefälle.

E r s t e s B e y s p i e l.

Peter, der das Bauerngut allein und ganz besitzt, stirbt mit Hinterlassung eines einzigen

gen Sohnes Paul. Schätzung der ganzen Rea-								
lität	=	=	=	=	=	=	2000 Guld.	
Hievon wird des Erblassers Todfall vom gan-								
zen Werthe der Realität zu 5 von Hundert ab-								
gerechnet mit	=	=	=	=	=	=	100 Guld.	
der Sohn und Erbe Paul hat das Annehmgeld								
zu zahlen, ebenfalls zu 5 von Hundert mit 100 Guld.								
<hr/>								
macht							•	200 Guld.

Z w e y t e s B e y s p i e l.

Peter hat das Gut mit seinem Eheweibe gemeinschaftlich besessen, stirbt, und hinterläßt einen einzigen Sohn, von welchem die hinterbliebene Wittwe die Gutshälfte wieder übernimmt, und ihm seine väterliche Erbschaft mittelst Vertrags im Gelde hinauszahlet.

Von der ganzen im Schätzungswerthe 2000							
Gulden betragenden Realität, macht die zu ver-							
handelnde Hälfte	=	=	=	=	=	=	1000 Guld.
Davon Todfallreichtniß zu 5 von Hundert							
macht	=	=	=	=	=	=	50 Guld.
Des Sohns Erbanfall zu 5 von Hundert							50 Guld.
die Mutter zahlt bey der folgenden Uibernah-							
me von des Sohns Erbantheile zu 5 von Hun-							
dert	=	=	=	=	=	=	50 Guld.

D r i t t e s B e y s p i e l.

Peter, der die Realität mit seinem Weibe gemeinschaftlich besessen hat, stirbt, und hinterläßt einen einzigen Sohn; die Wittwe überläßt die ihr eigenthümliche Gutshälfte ihrem Sohne, und dieser nimmt das ganze Gut in Besiz.

Der Werth der Realität besteht in 2000 Gul-							
den die in die Verhandlung zuziehende Hälfte							
beträgt	=	=	=	=	=	=	1000 Guld.

hievon Todfallreichniß zu 5 von Hundert 50 Gulb.
 — — des Sohns Erbfall zu 5 von Hun-
 dert = = = = = 50 Gulb.
 Die Mutter tritt ihre unverfrent gebliebene
 Hälfte zu 1000 Gulden an ihren Sohn ab, der
 Sohn hat hievon das Annehmgeld ebenfalls zu
 5 von Hundert zu bezahlen = = = 50 Gulb.

V i e r t e s B e y s p i e l .

Peter, der das ganze Gut allein besessen hat,
 stirbt, und hinterläßt 4 Kinder, worunter der Sohn
 Paul das Gut übernimmt, und den übrigen drey
 Geschwistern ihre Erbanteile hinauszahl.

Der Werth der ganzen Realität besteht
 in = = = = = 2000 Gulb.
 Hievon des Erblassers-Todfallereichniß zu 5
 von hundert = = = = = 100 Gulb.
 die vier Kinder und Erben von der ihnen ge-
 meinschaftlich zugefallenen Realität, Anfall zu
 5 von Hundert = = = = = 100 Gulb.
 der Sohn Paul, welcher die drey Erbtheile sei-
 ner Geschwister mit 1500 Gulden zusammen
 übernimmt, zahlt Annehmgeld zu 5 von hun-
 dert = = = = = 75 Gulb.

F ü n f t e s B e y s p i e l .

Peter hat die Realität gemeinschaftlich mit sei-
 nem Weibe besessen; derselbe stirbt, und hinter-
 läßt vier Kinder; die Wittwe übernimmt von die-
 sen vier Kindern die Gutshälfte, und zahlet solche
 vertragmäßig hinaus.

Der Werth der ganzen Realität beträgt 2000
 Gulden. Die in die Verhandlung zuziehende
 Hälfte bestehet in = = = = = 1000 Gulb.
 Hievon wird bezahlt des Erblassers = Todfall-
 reichniß zu 5 von Hundert = = = 50 Gulb.

Die vier Kinder und Erben zahlen für diese ihnen zufallende Gutshälfte den Anfall zu 5 von Hundert = = = = 50 Gulb.
 Die Mutter, welche diese Gutshälfte von diesen vier Kindern, und Erben übernimmt, zahle Annehmgeld zu 5 von Hundert = 50 Gulb.

S e c h s t e s B e y s p i e l .

Peter hat die Realität gemeinschaftlich mit seinem Weibe besessen, er stirbt, und hinterläßt 4 Kinder, worunter eines sowohl die von dem Vater den Kindern angefallene Gutshälfte von seinen übrigen drey Geschwistern, als auch von der Mutter und Wittwe noch besessene andere Gutshälfte, also die ganze Realität in Besitz übernimmt. Der Realitätswerth besteht in = = 2000 Gulb.
 Die in die Verhandlung zu ziehende Halbscheide beträgt = = = = 1000 Gulb.
 Hievon wird bezahlet, des Erblassers Todfallereigniß zu 5 von Hundert = 50 Gulb.
 Die vier Geschwister zahlen von der ihnen angefallenen Gutshälfte den Anfall zu 5 von Hundert = = = = 50 Gulb.
 der Miterbe-Sohn, und Uibernehmer zahlt für die von seinen drey Geschwistern ihm mit 750 Gulb. an der Realität abgetretenen Erbtheile, Annehmgeld zu 5 von Hundert = 37 fl. 30 kr.
 von der andern der Wittwe eigenthümlich gebliebene Gutshälfte, wenn dieselbe die Mutter dem Sohne abtritt, zahlt der Sohn Annehmgeld zu 5 von Hundert = = 50 Gulb.

S i e b e n t e s B e y s p i e l .

Peter, der das Gut mit seinem Weibe gemeinschaftlich besessen hat, stirbt, und hinterläßt 4 Kinder; weder die Mutter und Wittwe, noch eines der

4 Kinder will, oder kann aus Umständen das Gut übernehmen, sondern es wird verkauft.

Der Realitätswerth beträgt im Ganzen 2000 Gulden.

Die zu verhandelnde Hälfte davon besteht in 1000 Gulden.

Hievon wird bezahlt des Erblassers Todfallsreichtniß zu 5 von Hundert = 50 Guld.

Von den vier Kindern wegen der ihnen angefallenen Gutshälfte = = = 50 Guld.

Wenn hienach das Gut verkauft wird, zahlet der neue Käufer von dieser und der Wittwe übernommenen Gutshälfte Annehmgeld zu 5 von Hundert = = = = 50 Guld.

Dann von der von den vier Kindern übernommenen anderen Hälfte ebenfalls das Annehmgeld zu 5 von Hundert mit = 50 Guld.

Achtes Beyspiel.

Wenn aber Peter das Gut allein besessen hat, folglich kein Antheil der Wittve mehr zurückgeblieben ist, so fallen folgende Gefälle aus:

Der Werth der ganzen Realität besteht in 2000 Gulden.

Hiervon Todfallsreichtniß zu 5 von Hundert 100 Gulden.

Von den Kindern als Erben das Anfallgeld zu 5 von Hundert = = = 100 Guld.

Wenn nun die Kinder das Gut verkaufen, wird ferner bezahlt:

Von dem Käufer das Annehmgeld zu 5 von Hundert = = = = 100 Guld.

Neuntes Beyspiel.

Beide noch lebende Aeltern, oder auch ein im ganzen Gutsbesitze stehender verwittweter Theil übergeben

Ben die ganze Realität einem ihrer Kinder: der Werth des ganz n Guts beträgt 2000 Gulden. Hievon wird entrichtet.

Von dem Uibernehmer das Annehmgeld zu 10 von Hundert = = = 200 Gulb. weil sich aus dem bayerschen Kodex die Aufrech- tung höchstens zweyer Fälle rechtfertigen läßt.

Zehntes Beyspiel.

Wenn Gutsbesitzer ihre Realität an einen Drit- ten verkaufen, ist zu entrichten:

Die ganze Realität beträgt im Werthe 2000 fl. Des neuen Kaufers Annehmgeld zu 10 von Hundert = = = 200 Gulb. aus den bey dem obigen Beyspiele angeführten Gründen.

Elftes Beyspiel.

Wenn ein im ganzen Gutsbesitze stehender Theil seinem Gegentheile die Hälfte der Realität verhey- rathet, und dadurch gemeinschaftliches Gut macht, so wird von der Hälfte der an den Gegentheil über- gehenden Realität bezahlt, und zwar:

Wenn der Realitätswerth in 2000 Gulden bestände. Von der verheyratheten Hälfte zu 1000 Gulden. Heyrathszustand zu 10 von Hundert 100 Gulb. Aus dem bey dem neunten Beyspiel angeführten Grunde.

Zwölftes Beyspiel.

Wenn zween Gutsbesitzer ihre Güter gegenein- ander vertauschen, wird dieser Tausch als ein dop- pelter Kauf angesehen: es mögen hiernach beyde unter der nähmlichen, oder unter zweyerley Herr- schaften liegen.

Da nun auf jedem dieser beyden Güter durch den Tausch der Besitzer verändert wird, ist auch von dem ganzen Werthe jeder der beyden vertauschten Realitäten die Abfahrt, und die Annahme jede mit 5 von Hundert, dennoch auf jedem Gute mit 10 von Hundert zu entrichten.

Polizey, s. Diebstahl. S. II. Magistrat S. 46. 47.

Polizeytarenüberschreibung, oder eine Waare nach falschem Maaß und Gewicht verkaufen, gehört in die Klasse der politischen Verbrecher. — Strafe: Zeitlich gelinderes Gefängniß; Verschärfung der Strafe, wenn der Betrug im Verkaufe durch längere Zeit geübet worden, der Betrug für das Publikum beträchtlich, oder dasselbe auf eine Art, welche nicht leicht zu entdecken war, verkürzt worden. (J. IV. 611. II. 32. 100.)

Politikum ist mit Militärkondemnrten nicht zu beschweren. (L. 44.)

Politische Behörde, s. Instruktion. S. II.

Politischer Behörde Erkenntniß hat in Unterthanssachen die Kraft eines richterlichen Beweises und ist die Exekution zu ertheilen. (J. VI. 987.)

Politische Obrigkeit ist in Ausmessung der Strafe an das Josephinische Strafgesetz gebunden. Sie kann daher die in dem Gesetze bestimmte Strafart nicht abändern, den festgesetzten Grad weder verschärfen noch lindern. Nur soweit der bestimmte nämliche Grad eine etwas strengere oder gelindere Verurtheilung zuläßt, ist bey der eigentlichen Ausmessung der Strafe darauf zurück zu sehen, worauf in dem §. 14. des ersten Theils dem Kriminalrichter sowohl in Absicht auf die That, als in Absicht auf den Thäter Rücksicht zu nehmen vorgeschrieben ist. (J. IV. 611. II. §. 8.)

Politische Strafen: Züchtigung mit Schlägen, Ausstellung auf der Schandbühne, Arrest, öffentliche Arbeit im Eisen, Abschaffung aus einem bestimmten Ort. Geldstrafen können gegen politische Ver-

bre-

brechen, den einzigen Fall eines verbotenen Spiels ausgenommen, nicht verlängert werden. (J. IV. 611. II. §. 10.) Die verhängte und vollzogene Strafe enthebt den Thäter, und dessen Erben nicht von der Verbindlichkeit, demjenige die Entschädigung zu leisten, dem sie aus der That gebührt. Die Strafe selbst aber hat auf des Thäters Erben oder Angehörige keinen Bezug. (J. IV. 611. II. §. 9.)

Politische Verbrechen sind jene, welche das Josephinische Strafgesetz als solche erklärt. (J. IV. 611. II. §. 1.) S. Anschuldigung.

Politischer Verbrecher, welcher sich zugleich eines Kriminalverbrechens schuldig gemacht hat, ist dem Kriminalgerichte zu übergeben. Bey der Verschärfung der Strafe ist auf das politische Verbrechen Bedacht zu nehmen. (J. IV. 611. II. §. 7.)

Portio canonica der Bischöfe findet nicht statt. (J. I. 195.)

Possessionsfähigkeitstaxe wird in Wien zugleich aufgehoben. (J. V. 817.)

Possessorium momentaneum findet nicht statt. (J. I. 137.)

Post:

§. 1. Postämter sollen die Briefe, die in Konkurs- oder Kriminalverbrechen einschlagen, an die dießfälligen Instanzen erfolgen lassen. (J. I. 34.)

§. 2. Wie sich wegen der Eintreibung des Postportobetrages von den gerichtlichen Expeditionen zu benehmen sey. (J. I. 106. a)

§. 3. Wie die Pakete mit Vorsicht von dem Gerichte aufzugeben sind. (J. I. 154.)

§. 4. Alle in Kriminalfachen ergehende und abgehende Akten genießen der Hoffreyheit. (J. I. 155.)

§. 5. Von Postporto sind frey, welche die Rechten der Armuth erhalten haben. (J. I. 186.)

§. 6. Die Befugniß eines Postmeisters, wenn sie auch erb- und verkäuflich verliehen worden, kann

kann nie als ein von dem übrigen Vermögensstande abzusonderndes so beschaffenes jus reale angesehen werden, daß darauf eine eigene, ein Pfandrecht ertheilende, Vormerkung Platz greifen möge. Eben so wenig könne auch die Pfändung der Einkünfte des Postrechts, welche bey den meisten der ergeblichen Poststationen nur in einem gewissen Theil des Briefporto besteht, für zuverlässig angesehen werden. Mit Genehmigung der Landesstelle kann eine Post in Sequestration genommen werden. (J. I. 202. II. 466.)

- §. 7. Wann und wie soll von der Gerichtsbehörde die Aufgabe auf die Post geschehen? (J. I. 274 und 331.)
- §. 8. Das Postregal unterliegt keiner Pfändung. (J. I. 293.)
- §. 9. Die Post hat die Targelder, welche von den Gerichten in der ersten Instanz an höhere Gerichtsstellen senden, unentgeltlich zu befördern. (J. II. 381.)
- §. 10. Postporto = Befreyung in Officiosis. (J. II. 381.)
- §. 11. Auf das Posthaltungregal findet keine Vormerkung statt. (J. II. 381.)
- §. 12. Bey jenen Beschwerdschriften, welche an die Appellationsgerichte durch die Post übersendet werden, sind in die, nach dem §. 267. der G. D. bestimmten Fristen von 14 Tagen diejenige Tage nicht einzurechnen, welchen die Beschwerdschriften auf der Post gelaufen oder angehalten worden. (J. IV. 600.)
- §. 13. In den sämtlichen deutschen Erbländern soll in allen Kriminalangelegenheiten die Korrespondenz und Einsendung der Kriminalakten zwischen dem Kriminalgerichte und Kriminalobergerichte, zwischen den Kriminalgerichten unter sich, dann zwischen den Kriminalobergerichten, zwischen den Kriminalgerichten, und den
- sämmt-

sämmtlichen politischen und Justizbehörden auf der Post aufgegeben und abgenommen werden. (J. IV. 669.)

- §. 14. Wie sich die Postämter in Einsendung der Rezepissen zu benehmen haben. (J. VI. 932.)
- §. 15. In Rekursfällen haben die Partheyen das Postporto zu entrichten. (J. VI. 942.)
- §. 16. Wer das Postjournal zu führen hat. (J. VI. 992.)
- §. 17. Pakete in Partheyensachen, wenn beyde Theile des Armenrechts genießen, sind ganz Porto frey; genießt nur ein Theil dieses Recht, so ist das ganze Porto zu bezahlen. (J. VI. 1048.)
- §. 18. Instruktion zur Behandlung der ex Officio Korrespondenz bey dem sämmtlichen Postämtern und Stationen in den k. k. Erblanden. (L. 57.)
- §. 19. Der Konkursmassenvertreter, wenn er als solcher etwas auf die Post zu geben hat, hat die Aufgabsschrift mit dem Worte: in Konkursfällen zu bezeichnen, sich bey dem Postamt mittelst Vorweisung des Originaldekrets, vermöge welcher er als Massenvertreter, oder Verwalter aufgestellt worden, auszuweisen, und hat kein Postporto zu bezahlen. (1791. Aug. 2.)
- §. 20. Eine Post kann nur mit höherer Bewilligung verkauft werden. (1792. Jul. 19.)
- S. Post im politischen Kodex.

Postwagenexpedition kann zur Annahme eines gerichtlichen Verbots auf ein dem Postwagen aufgegebenes Gut nicht angehalten werden. (L. 11.)

Prager Städte werden zusammen in eine Stadt vereint. (J. I. 250.)

Pragmatika über Vertretungen vom 13. April 1641 wird aufgehoben. (J. II. 431.)

Prälaten zahlen den Stempel nach der ersten Klasse zu 2 fl. (J. V. 776. S. 8, 2)

Pränotation:

- §. 1. In welcher Art die Pränotation den Gläubigern eines Universalerbens vor den Gläubigern zu statten kommen. (Z. I. 51.)
- §. 2. Pränotiren kann jeder Gläubiger auf das unbewegliche Gut des Schuldners auch seine Forderung lassen, die sich auf einen Landtafel = oder vormerkungsfähigen Schuldschein nicht gründet (Z. I. 347.)

Präscription: (C. I. Nr. 248.)**Präsentation:**

- §. 1. Die Kollationen und das Präsentationsrecht in Böhmen gebührt dem König. (C. I. 225.)
- §. 2. Streitigkeiten, welche das Patronat = und Vogteyrecht angehen, gehören nicht vor das geistliche Gericht. (C. I. Nr. 315.)
- §. 3. Von dem Patronatsrecht in tractatu de iure incorp. (C. I. 336. Tit. I. §. 1 — 26.)
- §. 4. Das Präsentationsrecht fällt dem Landesfürsten zu, wenn der Stifter solches für Jemand bestimmt hat. (L. 189.)

Präses, s. allgem. Instr. für sämtliche Gerichtsbehörden. (Z. II. 464. Abth. I. §. 17. — 20. Abth. II. §. 24. u. 42 — 46. 54 — 56. Das Präsidium soll sich entfernen, wenn ein Geschäft von einer solchen Parthey in Vortrag kommt, mit der er in einer Aktis = oder Passivforderung verflochten ist. (Z. IV. 627.) S. Landrecht.

Präsidialnote = Erstattung hat auffer dem Fall, daß über einen Gegenstand nur die Meinung des Chefs allein zu hören verlangt worden, gänzlich aufzuhören. (L. 246. a)

Prater steht in politischen Angelegenheiten unter der Landesregierung, in Civilsachen unter dem Wiener = Magistrat, und in Forst = und Jagdwesen unter dem Oberst = Hof = und Landjägermeister = amt.

Prätur:

§. 1. Einführung der Prätur in Gradiska. (J. I. 151.)

§. 2. Erlöschung der Prätur in Roveredo. (J. I. 252.)

Priester bezahlen den Stämpel nach der dritten Klasse zu 15 fr. (J. V. 776. §. 8. a)

Prioritätsklage, s. Konkurs.

Prioritätsprozesse sind vor allen zu erledigen. (J. IV. 619. c)

Privilegium de non evocando existirt bey Böhmen nicht. (J. I. 71.)

Privilegien, landesfürstliche, unterliegen dem Stämpel der ersten Klasse zu 2 fl. (J. V. 776. §. 17.)

Eben diesem Stämpel unterliegt die Ertheilung eines Privilegiums. (J. V. 776. §. 18.) S. Triest.

Prozeß:

§. 1. Processus summarius ist aufgehoben. (J. I. 55. g)

§. 2. Alle vorige Prozeßarten sind durch die neue Gerichtsordnung erloschen. (J. I. 136.)

§. 3. Wie sich bey Erledigung der Prozesse über Anmeldungen bey Konkursen zu benehmen. (J. I. 253. b)

§. 4. Dem untern Richter sind die Prozeßakten zu remittiren, wenn auch das Urtheil abgeändert worden ist. (J. I. 335. cc)

§. 5. In welchen Fall der obere Richter einen Prozeß sammt dem darüber gestellten Urtheil zu kasfiren, und an die gesetzmäßige Vertretung zu weisen hat. (J. VI. 1024.)

§. 6. Den Gemeindeortsvorstehern steht bevor, die sich anspinnenden Prozesse durch gütliche Ausgleichung zu hindern, und sollen sich die gemeinen Partheyen erst in dem Fall an den Richter wenden, wenn sie sich bey den Ortsanwälden oder Gerichtsausschüssen vorhinein gemeldet
has

haben, und der Streit allda in Güter nicht bengelegt werden könnte. (1791. Apr. 6.)

- §. 7. Erneuerung des Patents vom 13 Jul. 1786. vermög welcher die Unterthanen verhalten wurden, sich vor Anleitung eines Prozesses bey der Obrigkeit zur gültlichen Auseinandersetzung der Sachen zu verwenden, und nur wann dieß den Streit nicht ausgleichen könnte, kann der Weg des Prozesses eingeschlagen werden. (1791. Art. 21.) S. Advokat S. 94.

Proklama, s. Erbschaft. S. 42. 67.

Prodigus:

- §. 1. Die Prodigalitätsklärung geschieht von jenem Richter vor dessen Forum der Verschwender gehört. (Z. II. 399.)
- §. 2. Die bisher in Uebung gewesene Prodigalitätsklärung wird aufgehoben, und keiner Person kann die freye Verwaltung mit ihrem Vermögen unter der Angabe der Verschwendung genommen werden. (Z. IV. 169.)
- §. 3. Durch die geschene Prodigalitätsaufhebung (§. 2.) werden jene Verbindlichkeiten, welche während der verhängten Prodigalität ungültig eingegangen worden sind, nicht gültig. Die freye Vermögenverwaltung tritt mit dem 1ten Jänner 1787 ein. (Z. V. 804. a)
- §. 4. Die oben in §. 2. aufgeführte Anordnung, daß auch großjährigen und in dem Besitz ihres Vermögens befindlichen Personen die Vermögensverwaltung benommen werden soll, wenn sie als unbesonnene Verschwender erscheinen. (L. 115. S. 8.)
- §. 5. Personen, welche sich zur eigenen Vermögensverwaltung unfähig zeigen, ist ein Kurator zuzutheilen, und ist wider sie die Prodigalitätsklärung nach dem im §. 88. des B. G. B. aufgeführten Fall kund zu machen. (L. 114. S. 8.)

Prorogirt kann die fremde Jurisdiction durch ausdrückliche Erklärung der Parthey werden. (Z. I. 237. §. 14. IV. 621. c.)

Protestation s. Wechsel §. 14. Art. XI. XII. XIV. XX. XXIV. XXVI. XXVII.

Protestationen (blosse) zu einem vermeintlichen Vorbehalt der Ansprüche sollen mit dem Bescheid der Anweisung auf eine ordentliche Klage weggewiesen werden. (Z. VI. 1026.)

Protokoll, s. allg. Instr. für die sämtlichen Gerichtsbehörden. (Z. II. 464. §. 3. 5. 7. 8. 9. 10. 17. 18. 71.)
S. Rathsprotokoll.

Protokolle überaufgenommene mündliche Klagen, über verhandelte mündliche Nothdurften, über niedergeschriebene Zeugenaussagen, oder sonst solchen Vorfällen, doch nur, wenn sie in Abschrift den Partheyen ausgefolget werden, unterliegen dem Stämpel der vierten Klasse zu drey Kreuzer. (Z. V. 776. §. 20. cc) Der bey der Obrigkeit verbleibende Aufsatz ist Stämpel frey. S. Stämpel frey.

Protokollauszug über eine mündlich aufgenommene Klage unterliegt dem Stämpel der vierten Klasse zu drey Kreuzer. (Z. V. 776. §. 20. d)

Proviandamt, s. Stämpel frey. IV. §. e.

Prüfung:

§. 1. Advokatenprüfung ist bey dem Appellationsgericht jenes Landes vorzunehmen, wo der Kandidat advoztren will. (Z. I. 122.)

§. 2. Prüfungen der Kandidaten zu Kammeralrichtern ist von der Appellation gemeinschaftlich mit der Landesstelle zu veranlassen. (Z. I. 203.)

§. 3. Zur Advokatenprüfung kann das Landgericht in Tyrol die Justizadministration zu Bozen belegen. (Z. I. 270.)

§. 4. Militaroffiziere in den böhmischen österreichischen Landen, wie auch in Gallizien; können bey dem Appellationsgerichte zu allen Zeiten, wenn auch ein Konkurs nicht ausgeschrieben ist, geprüft werden. (Z. I. 353)

- §. 5. Prüfungen der Militärkompetenten sind mit Beziehung des Generalkommando vorzunehmen. (Z. II. 454. 457.)
- §. 6. Prüfungen der Magistratualkompetenten kann durch Delegation geschehen. (Z. II. 445.)
- §. 7. Prüfungen der Kandidaten für Ortsgerichte kann Magistraten mittelst ordentlicher Instruktion aufgetragen werden, und der Bericht der erfolgten Prüfung ist dem Appellationsgericht vorzulegen. (Z. III. 522.)
- §. 8. Die Prüfung der Rechtspfleger auf dem Lande kann dem wohlbesetzten und dem Kandidaten nächsten Magistrat aufgetragen werden. (Z. IV. 608.)
- §. 9. Prüfungen aus dem Justizfache können an Landrechte und adelige Justizadministrationen delegirt werden. (Z. VI. 982.)
- §. 10. Prüfungen zu Rathsstellen in den Vorlanden sind von der k. k. Regierung und Kammer in Freyburg vorzunehmen. (L. 169.)

Prüfungattest:

- §. 1. Akademisches Prüfungsattest über gänzlich vollendete Studien unterliegt dem Stempel der dritten Klasse zu 15 Kr. (Z. V. 776. S. 19. II.)
S. Stempel frey tt.
- §. 2. Kreisämliches Prüfungsattest wegen Tauglichkeit zur Magistratsstelle unterliegt dem Stempel der dritten Klasse zu 15 kr.; in den Vorlanden 10 kr. (S. 19. gg.)

Pupill:

- §. 1. Pupillennorma im zweyten Bande des Justizkodex. Nr. 608.
- §. 2. Von den Dominiken sind die Pupillengelder mit landesgebräuchlichen Interessen zu verzinsen. (Z. I. 291.)
- §. 3. Pupillengelder ohne Errichtung eines Schulbriefes auszuleihen, wird im Lande ob der Enß verbotthen, und soll, wenn ein Waisenvermögen einem behauften Unterthan geborgt wird,

von dem Entlehner ein auf den Pupillen lautender Schuldbrief gegen vier Prozent, und Verpfändung des dem Schuldner gehörigen Vermögens aufgestellt werden. (Z. II. 414.)

§. 4. Ueber jeden Pupillen oder Kuranden ist ein Waisenprotokoll mit folgenden Rubriken zu führen:

- 1) Der Name des Pupillen, oder Kuranden; in dieser Rubrike ist das Alter des Mündels anzusetzen.
- 2) Der Name des Vormunds, Kurators, oder Administrators.
- 3) Der Aufenthaltsort, und die Erziehungsart des Mündels.
- 4) Das Vermögen des Mündels mit der kurzen Bemerkung, wie dieses beschaffen, und woher es dem Pupillen zugeflossen ist, und mit Beziehung auf die Urkunden, in denen davon mehrere Aufklärung erhoben werden kann.
- 5) Ist jährlich anzumerken, ob und an welchem Tage sich der Vormund über die vom verfloffenen Jahre gepflogene Rechnungsrichtigkeit ausgewiesen habe.
- 6) Sind alle Bewilligungen einzutragen, die während der Minderjährigkeit in wichtigen Angelegenheiten eingeholt werden;
- 7) Ist die Abtheilung des Vermögens bey denjenigen Mündeln anzumerken, die ein gemeinschaftliches Vermögen besitzen;
- 8) Ist die Erlöschung der Vormundschaft einzutragen, und bey dieser Gelegenheit die Uebergabsurkunde mit anzumerken; oder
- 9) die etwann erfolgte Erklärung der Unfähigkeit zur rechtlichen Großjährigkeit zu gelangen, anzuführen. Dieses Protokoll ist mit Ende jedes Jahrs dem Vorsitzenden vorzulegen. Die Ausfüllung dieser Tabelle ist während ganzen Jahrslaufe, wie die Geschäfte vorkommen, zu besorgen, und nicht von einer Zeit zur andern, noch weniger bis Ende des Jahrs aufzuschieben.

Formular des Protokolls in Waisensachen.

Pupill.

69

1	2	3	4	5	6	7	8	9
Name des Mündels oder Au- randen.	Dessen Vor- mund, Kurator, Admini- strator.	Aufent- haltsort des Mündels und dessen Erzie- hungs- art.	Vermd= gen des Mündels	Rech= nungs= richtig= fehl.	Während der Minder= jährigkeit einge= holte Bewilli= gungen.	Abthei= lung des Ver= mügens.	Erk ^r schung der Vormund= schaft	Allenfällige Erklärung der Unfähigkeit zur Großhäh= rigkeit.

(S. II. 464. II. S. 52.)

- §. 5. Waisen sind nicht befugt von ihrem dem Vormunde anvertrauten Vermögen ohne Einwilligung desselben etwas zu veräußern, oder zu beschweren, noch eine auf die Verminderung dieses Vermögens gerichtete persönliche Verbindung einzugehen. Alle Handlungen dieser Art sind ungültig und wirkungslos; und muß das Veräußerte sammt Nutzungen, Zinsen, Schaden und Unkosten zurückgestellt werden. Wenn jedoch der andere Theil dem Waisen etwas gegeben; so kann er dieses, so weit es noch vorhanden, oder zu des Waisen Nutzen verwendet worden, zurück fordern.
- §. 6. Sämmtliches Waisenvermögen ist in öffentlichen Fond zu legen, hiervon wird ausgenommen das Waisenvermögen der Landleute, welches bey Privatpersonen auf dem Lande anliegt. (J. IV. 610.)
- §. 7. Beym Pupillarprozeß hat der Richter von Amtswegen nach dem Gesetz zu sprechen, wenn auch von der Parthey nicht darauf berufen wird. In Hinsicht auf das Faktum ist bloß nach den vorgelegten Akten, und nicht nach Privatnotiz zu sprechen. (J. IV. 621, ii.)
- §. 8. Alle an Obrigkeiten, Unterthanen, oder andere Privatpersonen ausgeliehenen Waisengelder sollen aufgekündigt, und in öffentlichen Fond ge-
leget werde. (J. IV. 678. §. 2.)
- §. 9. Auch die einem Waisen künftig zufallenden oder jetzt schon angehörigen Kapitalien, sie mögen kleine oder große Summen enthalten, müssen in öffentlichen Fond ge-
leget werden. (J. 678. §. 3.)
- §. 10. In Hinsicht der Rückzahlung der bey Privatpersonen gelegenen Kapitalien, ist zu sehen, ob sie mit der gesetzmäßigen Realhypothek bereits versehen, oder gleich damit versehen werden können, oder ob die Sicherheit zu derselben mangelt. (J. 678. §. 4.)

- §. 11. Bey dem Waisengut bey welchem die oben im §. 6. erwähnten gesetzmäßige Hypothek besteht, hat die Rückzahlung bey Bauern und Bürgern in zehn Jahren zu geschehen. (F. IV. 678. §. 5.) Wo das Waisengut mit einer Realshypothek nicht bedeckt ist, soll gleich, wo die Landtafel und das Grundbuch besteht, die Vormerkung auf die zum Unterpfand dienende Realität geschehen, wo aber diese nicht sind soll die Obrigkeit in ihren Amtsbüchern, dergleichen Kapitalien auf die zum Unterpfande dienenden Gründe vormerken. (F. IV. 678. §. 6.)
- §. 12. Kann einem Waisengut, die im §. 7. erwähnte Sicherheit nicht geleistet worden, ist das Kapital im Weg der Exekution einzutreiben. (F. IV. 678. §. 7.)
- §. 13. Waisenkaptal, welches zur Zeit des Erblassers in einer Handlung, oder einem Gewerbe, wovon der Wais ganz oder zum Theil Eigenthümer ist, ist jenes Kapital, welches zur Zeit des Todes des Erblassers darinn verwendet war, nicht aufzukündigen, in diesen Fall ist sich an den §. 7. des fünften Hptst. des B. G. B. zu halten. (F. IV. 678. §. 8.)
- §. 14. Was von einem freyen Eigenthümer einem Pupillen aus freyen Vermögen zugewendet wird, kann mit der Bedingniß, daß dafür Realitäten erkaufte werden, belegt werden. Allein mit der Bedingniß daß dieses Vermögen bey Privatpersonen (ohne Jemand zu nennen) anzulegen, kann einem Waisen aus freyen Willen verschafte Vermögensschaft nicht belegt werden. (F. IV. 709. b.)
- §. 15. Wenn einem Waisen aus freyer Willkühr des Eigenthümers ein Vermögen zum Eigenthum, oder zum Fruchtgenuß mit der Bedingniß überlassen wird, daß es einem eigens genannten Privatmann, a gleichen, oder gelassen werde, hat es bey dieser Anordnung zu bleiben, wenn ein
Drit-

- Dritter dem Waisengut die gesetzmässige Sicherheit zu leisten vermag. (Z. IV. 709. c.)
- §. 16. Was in §. 9. wegen eines in einer Handlung gelegenen Waisengutes aufgeführt wird, gilt auch von Waisengeldern, welche in aufrechten Fabriken haften. (Z. IV. 709. d.)
- §. 17. Pupillengelder müssen auch zur Zeit des Kriegs zu drey ein halb Prozent in öffentlichen Fond ge-
leget werden. Der Pupill, welcher während des Kriegs großjährig wird, kann sein auf drey ein halbes angelegtes Kapital auffündigen. Keine neu anzulegende Obligation zu vier Prozent soll von dem Gericht für den Pupillen ad depositum genommen werden. (Z. V. 768.)
- §. 18. Pupillengelder, wenn sie wirklichen Triester Waisen gehören, sollen in Triest verbleiben, und bey Privatpersonen angelegt werden. (Z. V. 713. b.)
- §. 19. Pupillarinanz ist das Personalforum des Vaters des Waisen. (Z. V. 923.)
- §. 20. Pupillarrechnungsabsolutorium fordert nur bey der ersten und letzten Rechnung den Stempel nach dem ganzen Betrag des Pupillarvermögens, bey den jährlichen Rechnungen aller bloß nach der vermehrten Einnahme. (Z. VI. 1007.)
- §. 21. Wenn die von einem Waisenkapital abfallenden Zinsen nicht zureichen, einen Waisen zu ernähren, so kann das Kapital bey einer Privatperson gegen bestimmte Sicherheit angelegt werden. (Z. VI. 1054.)
- §. 22. Alle Pupillengelder können bey den öffentlichen Staatskreditkassen in so lang zu fünf Prozent, wie die freyen Kapitalien angenommen werden, als diese Interessenerhöhung für andere Parthenen besteht. (Z. IV. 1097.)
- §. 23. Pupillengelder können bey landesfürstlichen und anderen Städten, welche selbst Obrigkeiten sind, und den überlebenden Gatten gelassen werden. (L. 37.)

- §. 24. Pupillengeld kann in Brody gegen Hypothek auf ein Haus nicht gelegt werden, wenn sich der Entlehner, als wahrer Eigenthümer des verpfändeten Hauses nicht hat vormerken lassen. (L. 41. e.)
- §. 25. Die Verlassenschafts = und Waisensachen sind im Oberamt Bregenz dem Amtmann und Geschwornen zuzutheilen, auch ist ihnen die Benennung des Vormunds zu überlassen. Rekurs in diesen Geschäften geht an das Oberamt. (L. 80. §. 7)
- §. 26. Die Kirchen = Stiftung = und Pupillenkaptalien können in Görz und Gradiska gegen eine doppelte Hypothek, auf landtafelmässige Güter bey Privatpersonen angelegt werden. (L. 102.)
- §. 27. Dem Patron, und Vormünder wird das Recht in Absicht auf die nützliche Verwaltung des Vermögens ihrer Kinder und Waisen jedoch unter den in dem fünften Hptst. des b. G. B. enthaltenen Vorschriften eingeräumt. Als gesetzmässige Sicherheit wird bestimmt, wenn durch die Hypothek des Pupillarkapitals und der, demselben vorgehenden Posten das verpfändete Haus nicht über die Hälfte, oder das verpfändete Gut, oder Grundstück nicht über zwey Drittheil seines wahren Werthes beschweret wird. (L. 115. §. 6)
- §. 28. Pupillarrechnungsrevision in Tyrol ist den zwey nächsten Anverwandten zuzutheilen, welche solche nach der Art, der vormahl eigens aufgestellten Rechnungsbeamten zu behandeln haben. (L. 133. g.)
- §. 29. Pupillengelder in Währen können bey Privatpersonen mittelst nur doppelten unverkündmerten Hypothek angeleget werden. (L. 142 c.)
- §. 30. Wie die Raittaxe von dem, einem Waisen oder Pflegkind zugehörigen ganz oder zum Theil in die Handlung verflochtenen Vermögen zu nehmen? Von dem Vermögen eines in der freyen
Ver-

Verwaltung stehenden Vermögens kann nichts genommen werden. (L. 210.)

- §. 31. Die Dominien im Lande unter- und ob der Enz, werden von der Einsendung der Pupillartabelle an das Appellationsgericht enthoben. Die Kreisämter haben bey ihren Visitationen die Einsicht in das Pupillarwesen zu nehmen. (L. 223.)
- §. 32. Großjährigen kann mit Vorwissen des Kreisamtes von den Obrigkeiten das Vermögen noch weiter vorenthalten werden, wenn ein dergleichen Unterthan über die Anwendung, die er mit seinem Vermögen zur Anstiftung, oder sonst zu machen gedenket, sich nicht ausweisen können. (1791. Aug. 22.)
- §. 33. Kuratelkapitalien, welche in öffentlichen Fond zu drey ein halb Prozent baar angeleget worden sind, sollen vom 1. May 1792 zu vier Prozent umgeschrieben werden. (L. 242.)
- §. 34. Alle Pupillarkapitalien, welche seit den 8. Jan. 1789 zu drey ein halb Prozent baar angeleget wurden, sollen von 1. May angefangen zu fünf Prozent umgeschrieben werden. (1790 Jul. 14.)
- §. 35. Den die Großjährigkeit erreichten Pupillen in Tyrol können die zu drey ein halb Prozent anliegenden Kapitalien hinaus bezahlt werden. (1791 März 2.)
- §. 36. Alle drey ein halb Prozent angelegten Pupillar- und Verpflegskapitalien, und nicht in drey ein halb procentigen Obligation bloß zur Umschreibung dargebracht wurden, sollen von 1. May 1791 an, zu vier von hundert verzinset werden. (1791 März 3.) In der Folge wurde diese Anordnung. (Hofd. 1791. Apr. 7) auch auf die Majorat; Fideikommiß- und Studienfonds- Kapitalien erweitert. Zugleich beygefügt, daß die Vormünder nur von den baar eingelegten, keineswegs aber von den nur umgeschriebenen Kapitalien

pitalien die höhere Verzinsung zu vier Prozent verlangen sollen.

- S. 37. Die Pupillartabellen dürfen nur ein Wahl verfaßt, und bloß an das Kreisamt in der gehörigen Zeit gesandt werden. (1791 Jul. 1.)
- S. 38. Von den zu drey ein halb zu vier Prozent zu verzinsenden Pupillar- und Stiftungskapitalien sind nur jene Kapitalien zu dieser geeignet, welche seit 1. Nov. 1786 bey der ständischen Kreditskaffe baar angelegt wurden, und solchen Pupillen oder Stiftungen gehören, von welchen die Lebenden den Interessengenuß allein beziehen. (1791. Dez. 7. Böhmen.)
- S. 38. Die Auditors und Regimentskommendanten haben sämmtliche unterhabende Kuratores der Regimentspupillen alle Jahre zur Legung der Rechnung anzuhalten, und sich die genügsame Versorgung der Militairpupillen in personali & reali mit dem schuldigen Fleiß anzulegen seyn zu lassen, widrigens sie für alle den Pupillen wiederfahrende Schäden und Unkosten zu haften hätten. Daher sie auch mit Ende jeden Jahrs eine Pupillartabelle; worinn der Namen und Charakter der Aeltern, dann der Ort, wo sie mit oder ohne Testament gestorben; die Zahl Namen und Alter der nachgelassen Kinder; wo selbe erzogen werden, was sie lernen, und zur jährlichen Unterhaltung in Fixo brauchen individualiter; ob die Verlassenschaft abgehandelt ist, und die Pupillen in Prozeß, mit wem und weshalb, dann ob ein und wer Kurator seye; wie hoch das ganze Vermögen sich belaufe, wo und wie versichert seye, und wo die Obligation befindlich; welche Interessen, und zu was Zeit verfallen; wer Gerhab oder Kurator, wann und von wem bestellt worden; endlich wann die letzte Rechnung gelegt, wie weit sie ratifizirt, und das Absolutorium ertheilt worden seye, einzusenden haben. (1747. Februar 21.)